

**2. Oktober 1926**

Vor 95 Jahren wurde der Film "Panzerkreuzer Potjomkin" in Deutschland endgültig zur öffentlichen Vorführung freigegeben.

**10. Oktober 1981**

Vor 40 Jahren in Bonn Massendemonstration der Friedensbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss mit 300000 Teilnehmern.

**14. Oktober 1941**

Vor 80 Jahren begann die Deportation jüdischer Bürger Deutschlands in die Vernichtungslager.

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

9. Ausgabe / 31. Jahrgang

Für Halle (Saale)

12. Oktober 2021

Liebe Wähler:innen,  
liebe Wahlkampfaktive  
und Unterstützer:innen,

**Danke!**

vielen Dank für euer Vertrauen in DIE LINKE und mich,  
eure Unterstützung und eure Stimmen.

Anstrengende Wochen Wahlkampf liegen  
hinter uns, der ohne die großartige Unter-  
stützung aus unserer Basis so nicht hätte  
stattfinden können. Ich freue mich, dass  
ich vier weitere Jahre linke Politik im  
Bundestag vertreten darf, auch wenn  
das Ergebnis für uns bitter ist.

Aber wir werden uns den Staub  
wieder abklopfen, unsere Situation  
selbstkritisch auswerten und dann  
umso besser gute Politik für die  
Menschen machen und zeigen:  
ein Politikwechsel ist möglich!



## Wir bedanken uns bei den vielen Tausenden Aktiven im Wahlkampf.

**Der Parteivorstand hat eine erste Analyse zum Wahlausgang bei der Bundestagswahl 2021 veröffentlicht**

### **1. Diese Wahl war für DIE LINKE eine dramatische Niederlage.**

Wir sind uns bewusst, dass wir diese zuallererst selbst zu verantworten haben. Einige Faktoren lagen außerhalb unseres Einflusses, aber wir müssen uns grundlegende Fragen stellen. Fragen nach unseren Fehlern, Fragen nach unserer gesellschaftlichen Funktion und unserem Profil, Fragen nach unserer Idee einer freien, demokratischen, sozialistischen Gesellschaft.

### **2. Wir bedanken uns bei den vielen Tausenden Aktiven im Wahlkampf.**

Unser Dank gilt auch Gesine Löttsch, Gregor Gysi und Sören Pellmann, die mit ihren Direktmandaten dafür gesorgt haben, dass wir trotz des desaströsen Ergebnisses wieder in den Bundestag einziehen konnten. Wir werden in den nächsten Monaten die Ursachen der Niederlage gemeinsam mit unserer Parteibasis aufarbeiten, um aus den Fehlern, aber auch von guten Beispielen, zu lernen. Wir freuen uns über die 2.800 Neueintritte während des Wahlkampfes und danach.

### **3. Eine tieferliegende Ursache liegt in Strukturproblemen unserer Partei im Osten wie im Westen.**

Wir haben in den vergangenen Jahren massiv an Verankerung verloren und zu wenige neue Mitglieder gewinnen können. Diese Wahl hat gezeigt: Wir haben - bis auf wenige Ausnahmen - flächendeckend verloren. Daher müssen der Parteaufbau und die kommunalpolitische Verankerung in der nächsten Zeit eine hohe Priorität haben. Wir müssen der Einbindung von Neumitgliedern besondere Beachtung schenken.

### **4. Auch wenn die Ursachen dieses Wahlergebnisses vielfältig sind, ist die Niederlage bei der Bundestagswahl auch Ergebnis öffentlich geführter innerparteilicher Konflikte der letzten Jahre.**

Damit einher ging eine - trotz klarer Programmatik, Parteivorstands- und Parteitagsbeschlüssen - widersprüchliche Kommunikation in Schlüsselfragen unse-

rer Zeit. Das muss sich ändern. Ein Neuanfang muss daher darauf abzielen, hier eine bessere Abstimmung zwischen Partei und Fraktion sowie innerhalb der Bundestagsfraktion sicherzustellen. Der neuen Bundestagsfraktion und dem Fraktionsvorstand kommt eine hohe Verantwortung zu, auf Basis des Wahlprogramms geschlossen zu agieren.

### **5. Die neue Regierung trägt eine große Verantwortung für die Zukunft der Menschen in diesem Land, in Europa und der Welt.**

Unser Maßstab für eine andere, vorwärtsweisende Politik ist klar: bezahlbare Mieten, Schutz vor Altersarmut, gerechte Verteilung des Reichtums, entschlossene Schritte gegen den Pflegenotstand, für Abrüstung und eine friedliche Außenpolitik, einen sozial gerechten wie konsequenten Klimaschutz, Antifaschismus und Antirassismus sowie Geschlechtergerechtigkeit. Ob die Ampel oder Jamaika - wir werden in der Opposition dafür Druck machen, dass die Kosten der Corona-Krise, der Klimakatastrophe sowie des Umbaus der Industrie nicht auf die Beschäftigten und die Mehrheit der Bevölkerung abgewälzt werden. Wir werden das nicht allein tun, sondern in und gemeinsam mit sozialen und Klima-Bewegungen und mit den Gewerkschaften. Auch im Sinne der Millionen Menschen, die von der neuen Regierung zurückgelassen werden. Wir werden eine konsequente Oppositionspolitik machen und linke Alternativen aufzeigen.

### **6. Wir werden unverzüglich folgende Schritte einleiten:**

\* Eine zeitnahe Sitzung von Parteivorstand und Bundestagsfraktion, in der Konsequenzen aus dem Ergebnis für die gemeinsame Arbeit und die Arbeit der Fraktion diskutiert werden und gemeinsames Handeln abgeleitet wird. Daraus muss eine dauerhafte und engere Verzahnung von Parteivorstand und Fraktion erwachsen.

\* Wir suchen das Gespräch innerhalb der Partei und mit Bündnispartner\*innen, als auch mit Akteur\*innen aus Zivilgesellschaft, NGOs und Gewerkschaften.

Wir wollen auch bei den Wähler\*innen nachhören. Wir möchten nicht nur fragen, „Warum habt ihr uns gewählt?“, sondern auch, „Warum habt ihr uns nicht (mehr) gewählt“. Dafür wollen wir unsere Haustürgespräche fortsetzen. Innerparteilich suchen wir das Gespräch z.B. durch Regionalkonferenzen, Telefonaktionen mit unseren Mitgliedern sowie den Besuch von Kreisverbänden durch Mitglieder des Parteivorstands.

\* Angesichts einer neuen Bundesregierung, des Umbruchs im Parteiensystem und der Erosion der Volksparteien wird der Parteivorstand einen Vorschlag für eine strategische Orientierung der LINKEN vorlegen.

\* In Abstimmung mit den Landesverbänden die Entwicklung eines Konzeptes zur Stärkung der Partei vor Ort und zur Einbindung der vielen Neumitglieder, die gerade auch nach der Bundestagswahl in die Partei eingetreten sind.

\* Der Parteivorstand leitet einen Verständigungsprozess zur inhaltlichen Weiterentwicklung ein: Das betrifft u.a. einen neuen Aufbruch im Osten, den sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Infrastruktur, die friedliche Außenpolitik und einen solidarischen Internationalismus.

\* Der Einsatz für Klimagerechtigkeit ist eines unserer zentralen Politikfelder.

Wir gehen nicht davon aus, dass die Maßnahmen der kommenden Bundesregierung geeignet sein werden, der Klimakatastrophe angemessen zu begegnen. Deshalb werden wir umgehend eine Projektgruppe „Sozial-ökologischer Umbau und Klimagerechtigkeit“ einsetzen, welches aus Mitgliedern des Parteivorstands und der Bundestagsfraktion besteht. Wir werden schon im Rahmen der Koalitionsverhandlungen frühzeitig Druck machen und unsere Kompetenz im Bereich Klima weiter ausbauen (z.B. Plan zur Einhaltung der Pariser Klimaziele).

**Bitte in eurem Terminkalender vermerken:  
Ankündigung**

**Gesamtmitgliederversammlung  
Einberufung Stadtparteitag für den  
04.12.2021**

**Neuwahl Stadtvorstand, Delegierte  
für den Bundesparteitag, Mitglieder  
des Landesausschusses, Finanz-  
revisionskommission**

**Bitte überlegt euch, ob ihr für eins  
dieser Ämter kandidieren möchtet;  
wir freuen uns auf viele Bewerbungen  
von euch!**

**Senioren-Café im Oktober mit Terminverschiebung**

Für den Monat Oktober planen wir unser Senioren-Café mit einem Museumsbesuch.

Wir wollen uns die Ausstellung in der Moritzburg „SITTES WELT - Willi Sitte: Die Retrospektive“ ansehen.

Da das Museum mittwochs geschlossen ist, müssen wir den gewohnten Termin leider verschieben.

**Termin: 04.11.2021 Uhrzeit: 14.15 Uhr  
Ort: Eingang zum Museum Moritzburg**

Da wir hier eine Führung durch das Museum organisieren wollen, bitten wir um vorherige Teilnahmebestätigung mit Angabe der Personenzahl bis spätestens 20.10. per E-Mail (info@dielinke-halle.de) oder Telefon (0345 2025590).

Wir hoffen wie immer auf eure rege Beteiligung.

**Linkes Blatt**

**Impressum:**

DIELINKE Halle, Stadtvorstand  
Leitergasse 4  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:  
linkesblatt@dielinke-halle.de  
Anja Krimmling-Schoeffler/  
Jan Röttschke (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 250 Exemplare  
**Spende erbeten**  
Endredaktion dieser Ausgabe:  
07.10.2021  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 11.11.2021

## Rote Socken gegen soziale Kälte - Die LINKE Halle strickt

Liebe Genoss\*innen,

Ihr habt den Aufruf im warmen September vielleicht übersehen, deswegen nehmen wir ihn auch nochmal in diese Ausgabe des Linken Blattes. Wir wollen kurz vor dem kalten Winter möglichst vielen Menschen mit wärmendem Gestricktem überraschen. Denn viele unserer Mitmenschen haben keinen festen Wohnsitz, können ihren Kindern keine warmen Handschuhe kaufen oder kommen als Geflüchtete nach Deutschland aus Kriegs- und Krisengebieten.

Helft uns, dass wir in der Weihnachtszeit so viele gestrickte und gehäkelte Socken, Mützen, Schals und Handschuhe wie möglich an halleische Hilfsorganisationen spenden, um ein solidarisches Zeichen gegen die soziale Kälte zu setzen können.

Bitte unterstützt uns hierbei und schwingt die Nadeln! Vielleicht findet ihr euch in euren Basisorganisationen zusammen und bildet einen Strickzirkel? Oder ihr bringt die Stricknadeln mit zur nächsten Sitzung des Stadtrates, so wie ich? Oder ihr häkelt einfach zuhause auf der heimischen Couch.

Auch die Menschen, die nicht stricken, können sich an dieser tollen Aktion beteiligen: Spendet Wolle und gebt sie im Linken Laden ab. Ideal eignet sich Sockenwolle mit einer Lauflänge von 400m auf 100g (diese Information steht meistens auf dem Etikett), aber auch aus dickerem Garn kann man schöne Mützen und Schals zaubern. Fertige Strickstücke können im Linken Laden in der Leitergasse 4 abgegeben werden und wir informieren euch in den nächsten Wochen, an welche Organisationen wir die Ergebnisse unserer

### Die Roten Socken

Die Roten Socken  
Aufrecht Locken:  
„Nirgendwo Mehr Krieg!“  
Wahlbürgers Schönster Sieg.

Lothar Waide



Handarbeit spenden werden. Wenn ihr Fragen, Ideen oder Anregungen zu unserer wolligen Aktion habt, wendet euch sehr gern an Steffi Mackies zum Beispiel über [stefanie.mackies@web.de](mailto:stefanie.mackies@web.de)

### Tag der Armut am 22. Oktober von 15 - 17 Uhr auf dem Marktplatz

Geplant sind folgende Aktionen:

- \* eine „Mitmachwand“ unter der Überschrift: „Wo begegnet Ihnen Armut“
- \* eine „Kistenmauer“, die mit Aussagen zur Armut beklebt wird
- \* eine Leine, an der auf bunten Blättern Zahlen und Fakten zur Armut dargestellt werden
- \* Ausgabe von rotem Tee, um mit Bürger\*innen ins Gespräch zu kommen

Wenn ihr euch daran beteiligen wollt, meldet euch bitte im Linken Laden unter der Rufnummer 0345/2025590 oder unter der Mailadresse: [info@dielinke-halle.de](mailto:info@dielinke-halle.de)



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im  
Monat Oktober Geburtstag haben.



## Ergebnisse des Basistreffens zur Landtagswahl 2021

Das Ergebnis der Bundestagswahl steckt uns allen noch tief in den Knochen.

Doch neu sind uns die strukturellen Probleme der Partei dabei nicht. Nach der Landtagswahl im Juni dieses Jahrs haben wir ein erstes Basistreffen des Stadtverbandes Halle abgehalten, um die Defizite unserer politischen Arbeit auszuwerten und Ideen für die Zukunft zu entwickeln.

Unsere Genossin Marion Krischok hat dabei drei Aufgabenbereiche herausgearbeitet, die sich aus dem Basistreffen ergeben haben.

Erstens kamen Vorschläge zum Leben in unserer Partei. Zweitens wurden Überlegungen geäußert zur Wirksamkeit unserer Partei in die Stadtgesellschaft. Drittens wurden Aufgabenstellungen inhaltlicher Art formuliert:

### Zum Parteileben:

1. Unseren Zusammenhalt stärken.
2. Das Alter unserer Mitglieder analysieren und ein entsprechendes unterschiedliches Parteileben gestalten.
3. Wichtig sind Treffen der Genoss\*innen zum Austausch, auch im kleinen Kreis.
4. Die Mitgliedergewinnung und -pflege verbessern.
5. Uns fehlen Gesichter für die Öffentlichkeit.
6. Analysieren, was im Wahlkampf gut war und wo können wir besser werden.
7. Thema Sagra Wagenknecht ... vernünftig diskutieren

### Wirksamkeit der Partei in die Stadtgesellschaft:

8. Die gesellschaftliche Stimmung aufnehmen.
9. Die Veränderung in der Bevölkerungsstruktur beachten.

10. Womit verbinden die Leute uns?
11. Sind wir noch eine Partei für Bürger\*innen am Rande der Gesellschaft?
12. Wie stellen wir uns zu sozial Ausgegrenzten?
13. Wie sprechen wir die Menschen an, damit sie uns zuhören?
14. Informationen in einfacher, überschaubarer Weise herausbringen.
15. Wie können wir unsere Ideen umsetzen?
16. Kommunizieren vor Ort, wie in Vereinen, Verbänden, ...; persönliche Kontakte sind wichtig
17. Kontakt zu Menschen, die arbeiten gehen.
18. Online-Angebote weiterhin nutzen
19. Wieder mehr Kümmererpartei werden.
20. Auch zwischen den Wahlen für Menschen erreichbar sein.
21. Menschen wollen keine Veränderungen, keine Unsicherheit; sie haben Angst vor Veränderung. Was können wir tun, damit Veränderungen als was Positives wahrgenommen werden?
22. Bündnisse schließen
23. Migrant\*innen einladen - Wie wollen sie leben?

### Inhaltliche Punkte:

24. Welche Veränderungen wollen wir? Was wollen wir erhalten?
25. Nachhaltige ökologische Entwicklung und Frieden sind wichtig.
26. Ansiedlungen in Halle sind gut, aber Mindestlohn fordern.
27. Die Stadtratsfraktion muss Einfluss nehmen auf eine bessere Ausstattung der Schulen.
28. Der Ausländer\*innenanteil muss gleichmäßig in Halle verteilt sein.
29. Lösungsvorschläge entwickeln.

## Eigensinn Ost statt falscher Nachbau West

### 3. Oktober 2021 Susanne Hennig-Wellsow

Die Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Susanne Hennig-Wellsow, erklärt zum Tag der Deutschen Einheit:

Seit dem 3. Oktober 1990 ist viel Gutes passiert, und das erkennen die Menschen im Osten auch an. Es bleiben aber große Lücken, von gleichwertigen Lebensverhältnissen, wie sie die Verfassung aufgibt, kann überhaupt nicht die Rede sein.

Geringere Löhne, Rentenlücke, kaum Ostdeutsche in Spitzenpositionen - das sind ja nicht bloß statistische Daten, das macht auch was mit Menschen: sie fühlen sich gering geschätzt, zu wenig beachtet.

In den vergangenen drei Jahrzehnten hat keine Bundesregierung dies wirklich ernst genommen. Statt dessen wurden Beauftragte ernannt, Kommissionen eingesetzt und in Wahlkämpfen Ostpolitik ins Schaufenster stellt.

Das muss anders werden. Ostdeutschland ernst nehmen, heißt, Ostdeutsche einzubeziehen, sie über sich selbst mitentscheiden zu lassen, ihre Expertise, ihren Eigensinn als selbstverständlichen Teil dieser Republik zu betrachten, und nicht als immer noch nicht richtig dazugehörnde Bewohnerinnen und Bewohner der „neuen Bundesländer“.

Dass in den Sondierungsteams der Parteien, die jetzt eine Bundesregierung anbahnen wollen, kaum Ostdeutsche sind, zeigt mal wieder, wie wenig ernst es andere Parteien mit dem Thema meinen.

Sondierungen loten die zentralen Linien einer möglichen Regierung aus - und wenn dann trotz der Dringlichkeit, im Osten zum wirtschaftlichen und sozialen Sprung anzusetzen, infrastrukturelle und demografische Herausforderungen anzupacken, kaum jemand aus dem Osten mit am Tisch setzt, dann ist vorgezeichnet, dass der Osten abermals in einer Bundesregierung zur Nebensache wird.

Das können wir uns nicht länger leisten. Mehr noch: Die Ostdeutschen können sich das nicht länger leisten. Neben der Schließung der Lohnlücke und der Besetzung von Führungspositionen mit Ostdeutschen muss die drängende Frage beantwortet werden, wie in einer der demographisch ältesten Region Europas Wirtschaft, öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur

langfristig gesichert werden können. Die bisher unternommenen Anstrengungen reichen dafür bei weitem nicht aus. Deshalb müssen diese Dinge jetzt mit Priorität und Nachdruck ganz oben auf die Tagesordnung. Statt aber weiter auf eine „Angleichung“ zu setzen, die im Grunde nur das Einholen des westdeutschen Status quo zum Ziel hat, sollten solidarische und ökologische Alternativen ins Zentrum rücken. Für selbstbewussten Eigensinn Ost statt falschen Nachbau West. Für eine Politik, der es nicht allein darum geht, noch bestehende Unterschiede wegzubügeln. Sondern die das gewachsene und gelebte Andere weiterentwickelt, gerechter und noch lebenswerter macht.

### 150 Jahre §218 StGB sind genug

Bei der gemeinsamen Aktion, von pro familia Halle und Halleschen Frauen sowie Dornrosa e.V., zum Einheitstag unter dem Motto „150 Jahre §218 StGB sind genug“ sprechen sich die Aktivist\*innen gegen die derzeitige Regelung des Schwangerschaftsabbruchs im Strafgesetz aus und fordern eine Neuregelung, die die sexuellen und reproduktiven Rechte von schwangeren Menschen in den Fokus rücken, fernab von Stigmatisierung und Kriminalisierung.

Unsere Genossin Viola Schubert hat sich am 3. Oktober ebenfalls an einer Fotoaktion beteiligt, die auf die Missstände des §218 aufmerksam machen soll.

Wer sich ebenfalls an der Aktion beteiligen möchte, kann die Petition „Weg mit § 218: Abtreibung nicht länger im Strafgesetzbuch regeln!“ über die Webseite [change.org](https://www.change.org) unterstützen.



## Aus der letzten Stadtratssitzung am 29. September 2021

Eine ewig lange Tagesordnung wurde uns zur Stadtratssitzung vorgelegt.

Ja, nach der Sommerpause sammelten sich viele Entscheidungen an. Darum wurde auf der Einladung zum Stadtrat gleich vermerkt, dass die Stadtratssitzung, wenn wir bis 22 Uhr nicht fertig werden, am darauffolgenden Donnerstag 16 Uhr fortgesetzt wird. Aber dazu sollte es nicht kommen.

Viele Anträge von Fraktionen und einige Vorlagen der Verwaltung wurden, weil es noch Beratungsbedarf gab, von der Tagesordnung genommen. Unter anderem gehörte auch die Abstimmung für eine neue Geschäftsordnung dazu. Eine neue Geschäftsordnung macht sich u.a. erforderlich, weil wir demnächst eine „Abstimmungsampel“ einführen werden, aber auch einige Bestimmungen zu Rederechten etc. überarbeitet werden sollen. Die Fraktionen haben hier aber noch Abstimmungsbedarf, darum wurde diese Vorlage auch verschoben.

Abgestimmt wurden hingegen mehrere Jahresabschlüsse von Unternehmen der Stadt Halle (Saale). Auch der 3. Gleichstellungsaktionsplan der Stadt Halle (Saale) wurde beschlossen. Im Jahr 2006 verabschiedete der Rat der Europäischen Gemeinden und Regionen die „Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“. Auf dieser Grundlage erarbeitet die Stadtverwaltung nun schon zum 3. Mal einen Gleichstellungsaktionsplan, der Projekte beinhaltet wie z.B. „Förderung von Mädchen im Bereich MINT oder „EinElternFamilien ein Modell mit Potential“. Im Vorfeld, also im Fachausschuss und dann auch im Stadtrat, gab es dazu eine kurze Diskussion, gerade zum genannten Projekt. Sehr gut finden wir, dass sich zunehmend auch Vereine mit konkreten Projekten beteiligen.

Beschlossen wurde im Stadtrat ebenfalls die 2. Satzung der Änderung der Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Halle und verschiedene Genehmigungen für eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2021. Dahinter verbergen sich oft Mehrausgaben für Projekte, die aus anderen Projekten, wo es z. B. noch keinen Baube-

ginn gab, „ausgeborgt“ werden.

Viele Diskussionen und mehrere Änderungsanträge gab es zum Bebauungsplan Nr.188 Kröllwitz, Wohnbebauung Wildentenweg. Hier geht es um die Errichtung eines neuen Wohngebietes. Proteste der Bürgerinitiative gab es in der Bürgerfragestunde dazu.

Im Grunde ging es um den Erhalt eines Wäldchens und des Gehölzbestandes zum benachbarten Landschaftsschutzgebietes.

Geeinigt haben sich dann die Fraktionen DIE LINKE, Grüne, SPD und MitBürger & Die PARTEI auf einen gemeinsamen Antrag, der genau diese Intension verfolgte.

Diesem Antrag wurde mit Mehrheit zugestimmt. Damit steht dem Investor nun weniger Baufläche zur Verfügung.

Mit Mehrheit wurde ein Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/ Die GRÜNEN, MitBürger & Die PARTEI und SPD zur Erstellung eines Aktionsplanes zur Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt beschlossen.

Unseren Antrag zur Förderung der Mehrsprachigkeit in der Verwaltung haben wir in eine Anregung umgewandelt. Wir hatten vorgeschlagen, dass die Verwaltung u.a. finanzielle Anreize prüft für Mitarbeitende, die sich Grundkenntnisse in verschiedenen Sprachen aneignen oder auch inwieweit Kenntnisse von Sprachen und interkulturelle Kompetenz bei Stellenbesetzungen gewürdigt werden können etc.

Die Verwaltung hatte uns belehrt, dass der Antrag einen Eingriff in die Rechte des Oberbürgermeisters beinhaltet. Nun ja, so haben wir ihn eben als Anregung verwandelt...

Sten Meerheim und Alexander Keck haben uns gebeten, sie aus dem Ehrenamt eines sachkundigen Einwohners zu entbinden. Herzlichen Dank für eure Arbeit. Im Stadtrat sind unsere beiden neuen sachkundigen Einwohner bestätigt worden.

Jason Koch wird im Planungsausschuss und Jakob Zwigart im Sportausschuss mitarbeiten.

Ute Haupt

## Armut im Kapitalismus hat System!

Am 17. Oktober findet wieder der jährliche Tag der Armut statt, DIE LINKE wird deshalb am darauf folgenden Freitag (22.10. / 15 - 17 Uhr) auf dem Marktplatz präsent sein und auf die vielfältigen Probleme armutsgefährdeter und armer Menschen aufmerksam machen. Gerade in Halle sprechen die Zahlen da eine klare Sprache: Jedes dritte Kind wächst in Armut auf. Das hat Folgen für Bildungschancen, Entwicklung, Gesundheit und den sozialen Zusammenhalt. Armut macht potentiell krank, belastet psychisch und vererbt sich statistisch gesehen: Wer einmal arm ist, gibt das oftmals weiter. Das liegt aber selbstverständlich nicht daran, dass sich die Betroffenen nicht ausreichend „bemühen“ würden. Das Gegenteil ist der Fall: Das Hartz-IV-System, die weiterhin niedrigen Reallohne, die fehlende Rentengerechtigkeit und viele weitere Faktoren sorgen dafür, dass Armut ein Produkt des Systems ist. Die Debatte, die Armut als individuelles Problem diskutieren, soll genau von dieser neoliberalen Misere ablenken und verhindern, dass die Politik tatsächlich handeln müsste. Von der nun scheidenden Ampel-Koalition ist dabei wenig zu erwarten. Als LINKEN wissen wir, dass GRÜNE und SPD das Hartz-IV-System mit der Stigmatisierung armer Menschen durchgesetzt haben und wir wissen auch, dass die von der FDP vertretene Leistungsideologie



vor allem dazu dient, sie für systemische Probleme haftbar zu machen. Die Alternative dazu wäre Solidarität. Wir brauchen eine solidarische Grundsicherung für alle, die extreme Armut per Gesetz ausschließt. Außerdem brauchen wir eine dringende Steigerung der Reallöhne, die nicht nur mit steigenden Preisen Schritt halten, sondern netto bei den Menschen ankommen muss. Zuletzt brauchen wir die Anhebung des Rentenniveaus und starke soziale Einrichtungen, für die wir uns auch kommunalpolitisch einsetzen werden. Eine echte Armutsbekämpfung ist machbar - sie muss nur erkämpft werden!

## Redebeitrag des SDS Halle bei der antifaschistischen Demonstration am 17.09.2021 in Schnellroda:

Liebe Antifaschist\*innen, liebe Zuhörer\*innen,

diese antifaschistische Demonstration steht im Zeichen der Krise des faschistischen Instituts für Staatspolitik. Das ist aber kein Grund zur voreiligen Freude - vielmehr organisieren sich die Faschist\*innen und rechten Menschenfeind\*innen jetzt weniger um ihren Guru Kubitschek und mehr über andere Kanäle. Denn davon gibt es leider viel zu viele. Auch die Werte Union der CDU steht gegen jede plurale Vorstellung von Demokratie ein. Auch in der Parteistiftung der AfD sammeln sich Faschist\*innen, aber sie brauchen keine Wahrsager des völkischen Umsturzes.

Die extreme Rechte - vom rechten Rand der CDU bis hin zur Höcke-AfD - sucht stattdessen nach ihrer tragenden gesellschaftlichen Rolle, um als Hetzer im Nadelstreifen wirklich in jede Talkshow eingeladen zu

werden und jeden Cent aus Stiftungen und Landtagsgeldern herauszupressen.

Das IfS hat sich dagegen gehörig verschätzt: Zuerst hat man sich bei Pegida angebietet und versucht sie anzuführen. Dann wurde es vermeintlich seriös und man hat versucht, die AfD zu leiten, wenn auch nicht als Kriegsherr, dann wenigstens als strategisches Genie.

Aber auch dort hat man beschlossen, dass man darauf eben verzichten kann. Wir dürfen uns hier keine Illusionen machen: Das hat nichts mit weniger oder mehr faschistisch zu tun - es ist Ausdruck davon, dass man sich jenseits der faschistischen Revolte einrichten kann und dafür dann keine IfS-Esoterik mehr braucht. Man fühlt sich auf der extremen Rechten mit einem Hans-Georg-Maaßen wohl, der als CDU-Kandidat dieselben Thesen verbreitet. Man fühlt sich mit säch-



sischen Richtern wohl, die Antifaschist\*innen wie Lina E. einsperren und Morddrohungen von Neo-Nazis durchgehen lassen. Oder thüringische Richter, die alle Corona-Maßnahmen für illegal halten. Man glaubt an einen Staatsschutz und an bürgerliche Medien, die vor einer neuen RAF warnen und damit jeden meinen, der eine abweichende Meinung vertritt. Radikalisierte Konservative übernehmen die Aufgabe gerne.

Wir freuen uns über den schlechten Zustand des IfS - aber es nicht weniger bedrohlich für die Gesellschaft. Kubitschek deutet selbst in seinen Jammerreden an, dass es für diejenigen, die sich die Gesellschaft lieber als Apokalypse vorstellen, eine Alternative gibt: Das

IfS in Schnellroda verlegt nicht umsonst die Ideologie des rechten Terrors.

Gerade auch sich im Widerstand wägende Faschist\*innen sind gefährlich, sie versuchen die Entscheidungsschlacht zu erzwingen, ihre Feinde zu vernichten und selbst den Krieg zu führen, der ihrer Ideologie nach ohnehin herrschen sollte.

Das müssen wir gemeinsam verhindern.

Es gilt deutlich zu machen, dass es keinen Frieden mit dem IfS gibt - und wir weiterhin aufmerksam bleiben, wenn die Propaganda der Gewalt hier in Schnellroda aufmarschiert!

## The Violence We Have Witnessed Carries a Weight on Our Hearts

Ausstellung vom 8. bis 21. Oktober 2021

The Violence We Have Witnessed Carries a Weight on Our Hearts (Die Gewalt, die wir erlebt haben, lastet schwer auf unseren Herzen)

Im Rahmen des Gedenkens an den zweiten Jahrestag des rechtsterroristischen Anschlags am 9. Oktober 2019 ist es uns in enger Zusammenarbeit mit der Künstlerin Talya Feldman, der Mobilien Opferberatung bei Miteinander e. V., Initiativen Betroffener und solidarischer Unterstützer\_innen gelungen, die Ausstellung 'The Violence We Have Witnessed Carries a Weight on Our Hearts' vom 7. bis 21. Oktober 2021 nach Halle (Saale) zu holen.

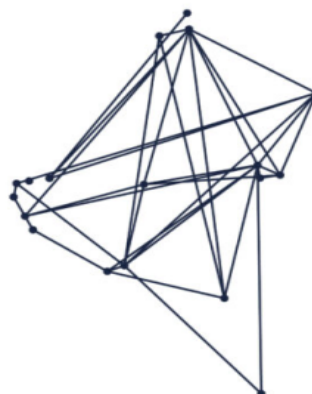
Talya Feldmans audiovisuelle Installation beleuchtet die Kontinuitäten rechten Terrors in Deutschland von 1979 bis heute anhand von Sprachaufnahmen von Überlebenden, Familien der Opfer und Initiativen aus 18 Städten. Die Stimmen in der Ausstellung erschüt-

tern, stellen Zusammenhänge her, klagen an, fordern Gerechtigkeit und Konsequenzen. Zugleich sind sie ermutigende und beeindruckende Zeugnisse für unermüdlichen Widerstand und gelebte Solidarität gegen eine politische Instrumentalisierung von Trauer und Erinnerung.

Das sind die Stimmen, auf die wir jetzt wirklich hören sollten.' Talya Feldman

Für das multimediale Projekt wurde die in Denver geborene und derzeit in Hamburg lebende Medienkünstlerin, selbst Überlebende des rechtsterroristischen Attentats von Halle, mit dem 2. DAGESH-Kunstpreis ausgezeichnet. Bis Anfang August 2021 war die Ausstellung erstmals im Jüdischen Museum Berlin zu sehen. Im Rahmen des Gedenkens an den zweiten Jahrestag des rechtsterroristischen Anschlags am 9. Oktober 2019 in Halle (Saale) kann die Ausstellung nun für zwei Wochen in Halle (Saale) besucht werden.'

The Violence  
We Have  
Witnessed  
Carries  
a Weight on  
Our Hearts



## Autofreier Tag in Halle



In diesem Jahr fand erstmalig der autofreie Tag in Halle statt, da das auf eine Initiative unserer Fraktion im Stadtrat zurückgeht, beteiligten wir uns natürlich auch.

Als wir den Antrag im Stadtrat gestellt haben, ging es uns darum, andere Formen der Mobilität zu bewerben und zu zeigen, dass man Stadtraum nicht nur für den Autoverkehr nutzen muss. Es ist gut, dass sich verschiedene Institutionen daran beteiligen und die Vielfalt des Themas betonen. Und wir begrüßen ausdrücklich die vielen kleinen Veranstaltungen in den Quartieren. Wir hoffen, dass damit ein Grundstein für die zukünftige jährliche Gestaltung des autofreien Tages in Halle gelegt ist und erwarten weitere Ideen, die die Hallenser:innen für den Tag und eine neue Nutzung der Stadt begeistern können. Wir haben unseren Aktionsraum für zwei Stunden auf die Straße verlegt und konnten so gut mit Passant\*innen ins Gespräch kommen. Es zeigt auch mal ganz andere Blickwinkel und Perspektiven von öffentlichen Räumen.

## + + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagsitzung vom 16./17.09.2021

Der Landtag der 8. Legislaturperiode hat nun auch offiziell seine Arbeit aufgenommen. In den 2 Tagen wurde die Wahl des Ministerpräsidenten durchgeführt, eine Aktuelle Debatte zur neuen Legislatur auf Antrag der LINKEN durchgeführt und erste Anträge und Gesetzentwürfe beraten.

Alle Reden findet ihr hier im Video: <https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/2-sitzungsperiode/?accordion=0&accordionPlenar=5&accordionVideo=0>

### #Wahl des Ministerpräsidenten

Erst im zweiten Anlauf wurde der Kandidat der Koalition, der bisherige Ministerpräsident Dr. Rainer Haseloff (CDU), zum neuen Ministerpräsidenten gewählt.

Es gab 53 Ja-Stimmen, 43 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

Im ersten Wahldurchgang konnte Haseloff nicht die

erforderliche Mehrheit auf sich vereinen. 48 Abgeordnete stimmten mit Ja, 49 mit Nein. Der sog. Deutschland-Koalition fehlten also 8 Stimmen aus dem eigenen Lager.

Auch im zweiten Wahlgang fehlten 3 Stimmen aus der Koalition.

Direkt im Anschluss wurde die neue Landesregierung vorgestellt und vereidigt:

Staatsminister, Chef der Staatskanzlei & Europa-minister: Rainer Robra (CDU)

Minister für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt: Armin Willingmann (SPD)

Minister für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten: Sven Schulze (CDU)

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung: Petra Grimm-Benne (SPD)

Minister für Finanzen: Michael Richter (CDU)

Ministerin für Inneres und Sport: Tamara Zieschang (CDU)

Ministerin für Infrastruktur und Digitales: Lydia Hüskens (FDP)

Ministerin für Bildung: Eva Feußner (CDU)

Ministerin für Justiz und Verbraucherschutz: Franziska Weidinger (CDU)

### #Aktuell debattiert

#### **Damit nach den Wahlen nicht der Rotstift regiert: Soziale Sicherheit statt Abstiegsagenda in Sachsen-Anhalt und im Bund! - Drs. 8/151**

Bereits in der zweiten Sitzung des Landtages hat unsere Fraktion eine Aktuelle Debatte zur zukünftigen Entwicklung des Landes beantragt. Für die Fraktion sprach Eva von Angern über das kommunizierte Selbstbild der neuen Koalition als „Kuschel-Bündnis“. In den kommenden Jahren muss das Land aber dringend Antworten auf die Fragen nach einem sozial gerechten Klimaschutz unter der Beteiligung aller Menschen und einem starken Sozialstaat liefern muss. Nach unserer Ansicht geht das nur mit einer Abkehr von der Ideologie des neoliberalen Marktes. Das Land braucht ein starkes soziales Fundament.

Eva wies auch erneut auf die fehlenden oder kleinteiligen Antworten des Koalitionsvertrages hin. Gleichzeitig machte sie darauf aufmerksam, dass viele der vereinbarten Punkte unter Finanzierungsvorbehalt stehen und derzeit auch nicht finanzierbar seien. Sie forderte erneut eine Diskussion über eine angemessene Vermögensbesteuerung und eine große Steuerreform, die Normal- und Geringverdiener\*innen entlastet.

Auch wies Eva noch einmal auf die Startschwierigkeiten der „Deutschland-Koalition“ hin, die sich beim Streit um den Staatssekretärsposten im Bildungsministerium oder bei der Wahl des Ministerpräsidenten gezeigt haben.

Anstatt die Weichen endlich in Richtung starker Sozialstaat und starker Wirtschaft, die der Gesellschaft dient, zu stellen, verharrt die Koalition in einem mutlosen „Weiter so“. Sie eröffnet keine Perspektiven für Sachsen-Anhalt, sie begnügt sich mit einer mangelhaften Verwaltung mangelhafter Zustände. Und damit führt sie Sachsen-Anhalt sehenden Auges aufs Abstellgleis. Zur Politik der Regierungskoalition liegen

klare Alternativen auf dem Tisch.

### #Vizepräsidentenwahl

Die AfD hat ihren Wahlvorschlag zur Wahl eines Vizepräsidenten ohne weiteren Kommentar zurückgezogen. Damit fand die Wahl nicht statt.

### #ÖPNV

#### **Abellio-Insolvenz - Öffentlichen Regionalverkehr sichern, ausbauen und in öffentliche Hand geben - Drs. 8/149**

In Reaktion auf die Drohung von Abellio, dass große Teile des Schienennahverkehrs in Sachsen-Anhalt eingestellt werden könnten, wenn finanzielle Nachforderungen des Anbieters durch das Land nicht erfüllt werden, hat die Landtagsfraktion einen Antrag zum Thema im Plenum gestellt.

Von der Betriebseinstellung wären etwa 50 % des gesamten Schienennahverkehrs betroffen gewesen.

Im Antrag fordert die Fraktion u.a. die Sicherung des Bahnbetriebs ab dem 01. Oktober 2021, die Vorlage eines Maßnahmenplans für einen möglichen Ausfall der Abellio-Dienstleistungen, die Rückführung des ÖPNV in die öffentliche Hand und die Ausrichtung am Gemeinwohl, den Einsatz für die Aufhebung des Zwangs zur europaweiten Ausschreibung im Regionalverkehr und die Unterstützung der Interessen der Abellio-Beschäftigten und ihrer Weiterbeschäftigung.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen brachte einen Alternativantrag ein.

In seiner Rede ging Guido Henke noch einmal verstärkt auf die Probleme ein, die durch die Privatisierung (nicht nur) im Bereich des Schienenverkehrs entstehen.

So wies er den Erpressungsversuch, den Abellio gegenüber dem Land gestartet hat, entschieden zurück und erinnerte noch einmal daran, dass die Zweifel an der Auskömmlichkeit des Abellio-Angebotes von Beginn an bestanden. Er legte dar, dass das Land durch die Privatisierung des Schienenpersonennahverkehrs keinerlei Einsparungen erzielt

hat.

Antrag und Alternativantrag wurden in den Ausschuss für Infrastruktur und Digitales überwiesen.

## #Afghanistan

### **Verantwortung für die humanitäre Katastrophe in Afghanistan übernehmen!**

**Menschenleben retten - sichere Fluchtwege schaffen - Landesaufnahmeprogramm initiieren - Drs. 8/139**

Nachdem die Taliban Afghanistan überrannt haben und ihr Terrorregime (wieder) errichtet haben, befürchten Menschen, die den internationalen Truppen, aber auch NGOs, geholfen haben, Vergeltungsakte der Taliban.

Die Landtagsfraktion hat in einem Antrag das Land aufgefordert, sich gegenüber dem Bund für verschiedene Maßnahmen, wie der Fortführung von Evakuierungen, Vereinfachungen bei Visa- und Asylfragen, einzusetzen.

Darüber hinaus soll das Land ein Aufnahmeprogramm initiieren und die kommunalen Beschlüsse zur Schaffung „sicherer Häfen“ unterstützen.

In ihrer Rede drückte Henriette Quade noch einmal ihre Bestürzung über die Vorkommnisse in Afghanistan und am Kabuler Flughafen aus.

Die Forderung aus den Reihen der CDU, „2015 dürfe sich nicht wiederholen“, wies sie entschieden zurück und verwies darauf, dass humanitäre Hilfe sich immer wiederholen müsse.

Gleichzeitig kritisierte sie, dass noch bis Mitte August Menschen, auch aus Sachsen-Anhalt, nach Afghanistan abgeschoben wurden und die tatsächliche Sicherheitslage vor Ort ignoriert wurde.

Die Landesregierung müsse jetzt „Verantwortung übernehmen und auf Bundesebene dafür streiten, was nötig ist, um Afghan\*innen aufzunehmen, unterzubringen und ihnen die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben zu geben.“

Der Antrag wurde in den Ausschuss für Inneres und Sport überwiesen.

## #Schulen

### **Unterricht absichern!**

**Schulen müssen offen und erreichbar und Schüler\*innen müssen gesund bleiben!**

**- Drs. 8/143**

In ihrem Antrag fordert die Landtagsfraktion, dass unverzüglich Luftfilter für alle Schulräume angeschafft werden. Darüber hinaus soll das Unterrichtsangebot durch mehr Vertretungslehrkräfte verbessert werden und die Schulentwicklungsplanung mehr an den Erfordernissen des Landes ausgerichtet werden. So sollen z.B. die Mindestschulgrößen bei Grundschulen auf dem Land abgesenkt werden.

In seiner Rede wies Thomas Lippmann auf die schlechte Vorbereitung des neuen Schuljahres durch die Landesregierung hin. Die Schulen müssen auch bei weiter anhaltender Infektionslage offen bleiben können, ohne dass Gesundheitsgefahren befürchtet werden müssen. Er forderte ein schnellstmögliches Impfangebot für alle Schüler\*innen sowie regelmäßige Test für alle Personen, die noch nicht über einen vollständigen Impfschutz verfügen. Darüber hinaus forderte er, wie im Antrag, die Ausstattung aller Klassen mit mobilen Luftfiltern. Er kritisierte, dass die Landesregierung wieder einmal gezeigt hat, „wie schnell ihr Interesse an der schulischen Perspektive und an der Gesundheit der Kinder und Jugendlichen erlahmt, wenn es anstrengend und teurer wird.“

Er bekräftigte auch die Forderung der LINKEN nach mehr Pädagog\*innen. „Die Zahl der Lehrkräfte, die vor den Klassen stehen, sinkt unaufhaltsam von einem historischen Tiefststand zum nächsten. Noch nie waren so wenige Lehrkräfte in unseren Schulen beschäftigt und das bei immer weiter steigender Schüler\*innen-Zahl.“ Einen Plan sehe er beim Bildungsministerium, wie der Niedergang aufgehalten werden soll, sehe er aber immer noch nicht. Zumindest für kurzfristige Vertretungen müssten die Hürden jetzt schnell beseitigt werden. In die Verordnung zur Schulentwicklungsplanung 2022 müsse die gestrichene Regelung für den Bestand kleiner Grundschulen in dünn besiedelten Regionen wieder aufgenommen

werden.

Der Antrag wurde in den Ausschuss für Bildung überwiesen.

Erstellt von Christian Kirchert, 20. September 2021

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten

der Landtagssitzungen im September 2021 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: [www.dielinke-fraktion-lsa.de](http://www.dielinke-fraktion-lsa.de).

Auch auf Facebook, Twitter und Instagram können die Debatten verfolgt werden.

## Religionsfinanzierung im säkularen Staat

### Diskussionspapier der Kommission Religionsgemeinschaften, Weltanschauungsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft (Februar 2021)<sup>1</sup>

#### 1. Religionsfinanzierung - ein Thema für die Linke

Die Linke tritt für die institutionelle Trennung zwischen Staat und Kirche und den Religionsgemeinschaften ein. Diese von der Verfassung gebotene Trennung wird durch die bestehende Rechtsform der Kirchensteuer verletzt. Denn die Kirchensteuer ist Teil einer intensiven Verflechtung von Staat und Kirche.

Ihre Erhebung erfolgt durch die Finanzämter nach einem staatlichen Kirchensteuerrecht und ist eine Zusatzsteuer zum staatlichen Steuersatz.

Von ihrer Entstehung her ist sie ein Relikt einer vor-demokratischen Allianz von Thron und Altar.

Sie widerspricht dem Grundverständnis eines säkularen Staates und ist ein Fremdkörper in einer multi-religiösen, multikulturellen und säkularen Gesellschaft.

Die Religionsfinanzierung ist hochpolitisch und keine bloß finanztechnische Angelegenheit, die einzig Sache der Religionsgemeinschaften wäre. Denn die Art der Religionsfinanzierung ist die deutlichste Konkretion des Verhältnisses des Staates zu den Religionsgemeinschaften und ein Indikator, an dem die Stellung der Religionsgemeinschaften und ihre Rolle in einer Gesellschaft ablesbar ist. Sofern die Religionsfinanzierung das gesamte gesellschaftliche Zusammenleben und Rechtsgefüge betrifft, ist sie Thema für die LINKE.

1967 gehörten fast 95 Prozent der bundesrepublikanischen Bevölkerung den beiden Großkirchen an. Das hat sich massiv geändert. Nach 1989 hat sich Deutschland hat zu einer multi-religiösen, multikulturellen

und säkularen Gesellschaft entwickelt. West- und Ostdeutschland sind religiös getrennte Gesellschaften. Der Anteil derer, die sich in Ost- bzw. Westdeutschland religiös gebunden fühlen, steht im Vergleich zum Anteil der Religionslosen nahezu in einem umgekehrt proportionalen Verhältnis zueinander. Das führt zu der widersprüchlichen Lage, dass die staatskirchenrechtlichen Regelungen gleichermaßen Mehrheits- und Minderheitenrecht sind.

Die Novemberrevolution 1918 wollte mit dem Programm einer Trennung von Staat und Kirche das Recht der Kirchen zur Erhebung von Kirchensteuern aufheben.

Nach ihrer Niederschlagung machten die Kirchen in einer Eingabe an die Nationalversammlung in Weimar vier „wirtschaftliche Grundrechte“ mit Nachdruck geltend, die vollumfänglich Eingang in die Weimarer Reichsverfassung (WRV) fanden.

1919 wurde das bisherige Praxis und Recht der Kirchen auf Kirchensteuer in der WRV verfassungsrechtlich verankert und nach 1945 sowohl in die erste Verfassung der DDR in Art. 43 Abs. 4 (1949) wie auch der BRD in Art. 140 GG übernommen.

Das Festhalten an historisch überlebten und gesellschaftlich nicht mehr vermittelbaren Regelungen blockiert bis heute die grundgesetzlich und menschenrechtlich vorgeschriebene Gleichbehandlung aller Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in der Bundesrepublik.

Der Auftrag der Weimarer Reichsverfassung, eine demokratische Gestaltung des Verhältnisses zwischen Staat, Gesellschaft und Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (und damit lebensfähige und

für eine Demokratie lebensnotwendige Zivilgesellschaft, zu er auch Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gehören) zu entwickeln, ist noch nicht abgeschlossen, sondern muss entsprechend der heutigen Gegebenheiten weiterentwickelt werden.

Die Weimarer Reichsverfassung wollte die Finanzbeziehungen des Staates zu den Religionsgemeinschaften entflechten.

Deshalb verankerte sie einerseits das Gebot in der Verfassung die Staatsleistungen abzulösen und andererseits als Kompensation gewährleistete sie die Kirchensteuer verfassungsrechtlich.

Im März 2020 legten die Bundestagsfraktionen von FDP, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag im Deutschen Bundestag vor, der gemäß Artikel 140 des Grundgesetzes und Artikel 138 der Weimarer Reichsverfassung die Einlösung und damit auch abschließende Regelung eines seit 100 Jahren offenen Verfassungsauftrages vorschlägt.

Deshalb fordert die LINKE sowohl eine unverzügliche Umsetzung der Ablösung der Staatskirchenleistungen als auch eine Weiterentwicklung der Rechtsformen sowie der Finanzierung von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, die dem verfassungs- und menschenrechtlichen Gebot der Gleichbehandlung entspricht.

Die Trennung von Kirche und Staat führte seit Weimar nicht in ein laizistisches System wie in Frankreich, sondern in ein Kooperationsystem.

Trotz der Trennung gehört die Kirchensteuer zu den in der Verfassung angelegten Kooperationsverhältnissen zwischen Staat und Kirche. (Art. 140 GG i. Verb. m. Art. 137 Abs.1 WRV) Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, die den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts innehaben, verleiht die Verfassung das Recht auf Kirchensteuer. Immer wieder vorgebrachte Vorschläge, analog zur Kirchensteuer für muslimischen Religionsgemeinschaften eine Moscheesteuer einzuführen, scheitern an zahlreichen rechtlichen Hürden und wird auch nie von Muslimen selbst vorgetragen.

Nach Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts ist es dem Staat aber verwehrt, das Kirchensteuerrecht einseitig abzuschaffen oder auszuhöhlen.

(BVerfGE 19,206)

Alle regelmäßig aufkommenden Kritiken an der Kirchensteuer sind bislang immer wieder folgenlos verhallt.

Nach 1989 hätte es erneut ein kleines Zeitfenster zur Abschaffung der Kirchensteuern geben können. Die Kirchen in der DDR waren gegen die Übernahme des westdeutschen Kirchensteuerrechts wie auch gegen den Religionsunterricht und die Militärseelsorge.

Es wurde ihnen gegen deren Willen übergestülpt und mit einem politisch-taktischen Meisterstück wurde das westdeutsche Kirchensteuerrecht 1990 in Kraft gesetzt.

## 2. Religionsfinanzierung im säkularen Staat

Alle Religionen und Weltanschauungen genießen seit Weimar aufgrund der umfassenden verfassungsrechtlichen Gewährleistungen den gleichen Schutz bei strikter Egalität. Deshalb ist die direkte Finanzierung der Religionsgemeinschaften einem säkularen Staat verwehrt.

Das Kirchensteuerrecht ist verfassungsrechtlich gewährleistet im Grundgesetz, im Reichskonkordat und in Länderkonkordaten sowie zahlreichen Länderverfassungen.

Nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist es dem Staat verwehrt, das Kirchensteuerrecht einseitig abzuschaffen oder auszuhöhlen. (BVerfGE 19,206<218>)

Der Hauptgrund für die Folgenlosigkeit der regelmäßig auftretenden Kritik ist die außergewöhnlich breite rechtliche Absicherung der Kirchensteuer, die ihre Überwindung - wenigstens für die absehbare Zeit - unmöglich erscheinen lässt.

Wenn die Forderung nach einer Ablösung der Kirchensteuer politische Wirkung erzielen soll, dann muss sie einen Veränderungskorridor eröffnen, der zwei Anforderungen ermöglicht: Eine Neuausrichtung muss erstens unterhalb einer Verfassungsänderung angesiedelt sein, da erforderliche Änderungen des Grundgesetzes in diesem Punkt in absehbarer Zeit unrealistisch sind, und zweitens der multireligiösen, multi-kulturellen und säkularen Landschaft gerecht werden.

### 3. Die Religionsfinanzierung im säkularen Staat neu ausrichten

Ein Vorschlag wird in der Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung zur „Neuorientierung der Finanzierung von Religionsgemeinschaften im säkularen Staat“ dargelegt.<sup>2</sup>

Die Studie will eine konsequentere Trennung von Staat und Kirche durchsetzen, bleibt unterhalb der Schwelle einer Verfassungsänderung, respektiert den Rechtsstatus der Kirchen und entwickelt einen praktikablen Reformvorschlag für eine Finanzierung der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in einer pluralen Gesellschaft.

Die Religionspolitische Kommission empfiehlt, das im europäischen Vergleich ungewöhnliche Instrument des staatlichen Kirchensteuereinzugs zu überwinden und es weiterzuentwickeln. Zugleich hält die Religionskommission eine Neuorientierung der Religionsfinanzierung in der weltanschaulich und religiös pluralen Gesellschaft für notwendig und begrüßt die Debatte um die Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

#### Die Studie enthält einen Doppelvorschlag:

##### \* **Erstens wird der Zwangseinzug der Kirchensteuern durch das Finanzamt beendet.**

Die Kirchen sollen - wie in Bayern - den Einzug und die Verwaltung der Kirchensteuern selbst vornehmen. Damit wird der Verfassungsgrundsatz der Trennung von Staat und Kirche durchgesetzt:

Die Zusammenarbeit von Staat und Kirche wird beim Einzug der Kirchensteuer auf das Maß zurückgeführt, das die Verfassung vorsieht. Nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts geht der staatliche Einzug der Kirchensteuern durch die Finanzämter über den Gewährleistungsanspruch des Grundgesetzes hinaus. (BVerfGE 2 BvR 443/01) Aus dieser Entscheidung müssen Konsequenzen gezogen werden.

##### \* **Weiterentwicklung des italienischen Mandatsmodells im deutschen Rechtsrahmen**

Das italienische Mandatsmodell erlaubt es den

Bürger\*innen über den Betrag von 0,8 Prozent des Einkommenssteueraufkommens zu entscheiden und nach ihrer Wahl entweder Religionsgemeinschaften oder staatlichen sozialen und kulturellen Zwecken zuzuwenden.

Das Modell der italienischen Kultursteuer, bei der alle zahlen und die Empfänger der Zahlungen an Organisationen der Zivilgesellschaft bestimmen können, kann dabei eine Orientierung geben. Letztlich muss eine solche Weiterentwicklung in einer Neugestaltung und Stärkung des gesamten zivilgesellschaftlichen Sektors münden, dessen Teil Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sind.

Einer Übertragung dieses Modells stehen verfassungs-, haushaltsrechtliche, aber auch kulturelle Gründe entgegen. Denn das italienische Mandatsmodell sieht nur die Option vor, für Religionsgemeinschaften zu optieren.

Die Studie der RLS schlägt deshalb vor, das italienische Modell für den deutschen Rechtsrahmen auszuweiten und auch säkulare Organisationen der Zivilgesellschaft einzubeziehen.

Das Modell der Studie greift das in kommunalen Haushalten bereits vielfach praktizierte Modell eines Bürgerhaushalts auf und plädiert, es auf Bundesebene einzuführen. Beim Bürgerhaushalt können Bürger\*innen über die Verwendung eines Teils der Steuern mitbestimmen. Dazu müsste der Staat einen Anteil des Bundeshaushalts als Bürgerhaushalt reservieren. Über dessen Verausgabung können alle wahlberechtigten Bürger\*innen mittels Gutscheine (wie bei Spenden) bestimmen.

Sie haben dann die Wahl, ihren Steueranteil religiösen, weltanschaulichen oder säkularen gemeinnützigen Organisationen als Teil der Zivilgesellschaft mit Bürgergutscheinen aus einem Anteil des Bundeshaushalts zukommen zu lassen. Aus diesem Pool können Bürger\*innen ihren Anteil beispielsweise Attac, einer muslimischen Gemeinde, Greenpeace, dem Humanistischen Verband, einer jüdischen Organisation oder einem Palliativkrankenhaus der Diakonie widmen. Der Einführung eines Bürgerhaushalts wäre unterhalb einer Verfassungsänderung möglich. Rechtlich würde eine Erweiterung des Einkommensteuergesetzes

(EstG) und erforderlichenfalls der Haushaltsordnung des Bunds genügen. Eine solche Reform wäre zugleich auch eine Antwort auf die Konflikte um Gemeinnützigkeit von NGOs, wie z.B. ATTAC, die Antifa oder Organisationen, die die Interessen von PoC vertreten.

Die vorgeschlagene Neuausrichtung der Finanzierung der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften garantiert die weltanschauliche Neutralität des säkularen Verfassungsstaats. Sie verbleibt unterhalb der Schwelle einer Verfassungsänderung.

Der Vorschlag fördert die Toleranz und den religiösen Pluralismus, achtet die negative Religionsfreiheit der Bürger\*innen und stärkt die Demokratie durch die

finanzielle Unterstützung der Vielfalt zivilgesellschaftlicher Organisationen durch die Bürger\*innen selbst. Aus der Perspektive des säkularen weltanschaulich neutralen Staats sind die Religionsgemeinschaften als Teil der Zivilgesellschaft zu verstehen. Der Vorschlag, den die Studie macht, verbindet die Religionsfinanzierung mit der Finanzierung der Zivilgesellschaft. Diese Neuausrichtung wird der religionspluralen und säkularen Landschaft in Deutschland gerecht. - Vor allem: Eine lebendige Demokratie braucht eine Grundlegung in einer lebendigen Zivilgesellschaft, deren Teil die Religionsgemeinschaften sind. Dazu gehört auch eine finanzielle Grundausstattung.

1 Verfasst von Franz Segbers und Jürgen Klute,

2 Die Studie wurde von Prof. em. Dr. Franz Segbers, Fachbereich Evangelische Theologie, Universität Marburg, für die Rosa-Luxemburg-Stiftung erstellt. Download: <https://www.rosalux.de/publikation/id/43174/neuausrichtung-der-finanzierung-von-religionsgemeinschaften-im-saekularen-staat?cHash=7f002cc35c80b1284d715319c0422a01>

**Basiskonferenz zu den  
Ergebnissen der Bundestagswahl  
Wann: 28.10. 2021 um 16:30 Uhr  
Wo: Kulturtreff Halle-Neustadt,  
Am Stadion 6**

**Termine im Oktober/ November 2021**

**13. Oktober, 17:00 Uhr,** Treffen OV Halle-Nord im Linken Laden;

**13. Oktober, 17:00 Uhr,** Treffen BO Riebeckplatz im Kartoffelhaus (Willy-Brandt-Str.);

**14. Oktober, 18:00 Uhr,** Treffen OV Halle-West im Wahlkreisbüro von Hendrik Lange;

**26. Oktober, 18:00 Uhr,** Treffen OV Halle-Mitte im Linken Laden;

**29. Oktober, 18:00 Uhr,** AG Wirtschaft, Umwelt, Verkehr und Stadtentwicklung im Kleeblatt (Halle-Neustadt) mit dem Thema Solarenergie;

**04. November, 14:15 Uhr,** Senioren-Café Moritzburg (Ausstellungsbesuch);

**20./21. November,** 2. Tagung des 8. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt (in Leuna)



## **Für einen bundesweiten Mietendeckel**

Nichts bedrängt Menschen in Deutschland so sehr wie steigende Mieten. Die Fraktion DIE LINKE schlägt deshalb einen bundesweiten Mietendeckel vor. "Allein in den 42 untersuchten Großstädten kann ein bundesweiter Mietendeckel knapp einer Million Mieter-Haushalten das Wohnen zu einer leistbaren Miete ermöglichen. Jeder siebte Haushalt würde so entlastet", sagt Caren Lay bei der Vorstellung einer Studie. Und ein bundesweiter Mietendeckel ist verfassungsrechtlich möglich, wenn er politisch gewollt wird.